

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abgabe für den Monat frei Haus 2 RM (halbmenslich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-2, / Geschäftsstelle und Expedition: Buchbinderstr. 2 / Fernsprecher-Sammelnummer 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 13 555, Emil Schlegel-Str. 1 / Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Druckerei: „Arbeiterstimme“ Dresden / Erscheinungstermin der Geschäftsleitung: Wochentage nachm. 3-5 Uhr (außer Sonnabende)

2. Jahrgang Dresden, Montag den 8. März 1926 Nummer 56

Eine Viertelmillion Stimmen fürs Volksbegehren in Berlin

Wie uns aus Berlin berichtet wird, ist die Beteiligung an Volksbegehren in den letzten zwei Tagen in allen Teilen des Reiches gewaltig gestiegen. In Berlin hatten sich in den beiden letzten Tagen etwa 88 000 Stimmberechtigte eingetragen. Am Sonntagabend war die Beteiligung, so meldet der „Montag-Morgen“, im allgemeinen um ein Drittel größer als in den vorhergehenden Tagen. Die Beteiligung am Sonntag war noch wesentlich stärker. Nach Schätzungen ist nämlich mit den gestern abgegebenen Stimmen die Zahl der Eintragungen in Berlin auf eine Viertel Million hinreichend. Eine genaue Zahl über das Ergebnis der vorgeschlagenen Einzeichnung läßt sich jedoch nicht feststellen, da das Berliner Wahlamt gestern geschlossen hatte. Die bürgerliche Presse schreibt, daß am Sonntag mindestens 100 000 Personen in den Einzeichnungslisten eingetragen wurden. In den einzelnen Wahlbezirken waren besonders am Sonntag nachmittags der Andrang außerordentlich groß.

Die von der demokratischen Parteileitung herausgegebene „Wochenschrift“, wie der „Montag-Morgen“ berichtet, laute nennenswerte Warnung. Das Blatt schreibt, es sei charakteristisch, daß man in allen Wahlbezirken die Beobachtung machen konnte, daß sich die bürgerlichen Mittelschichten bisher relativ wenig an der Einzeichnung beteiligten. Gerade in den Bezirken, wo das verrotte Parlament herrscht, herrscht in den Wahlbezirken der regale Verkehr. Auch die kleineren und mittleren Gewerkschaften beteiligten sich fast an der Einzeichnung. Entgegen dem Wunsch der demokratischen Parteileitung hat eine Reihe sozialistischer Persönlichkeiten, zu denen u. a. die Abgeordneten Kautsky und Hermann, sowie Senatspräsident Krawinkel und Oberbürgermeister K. P. Dullio gehören, einen sogenannten „Staatsbürgerlichen Ausschuss des Reichstages“ gegründet. Diese Gruppe veröffentlicht in der „Berliner Volkszeitung“ einen Aufruf, in dem sie zur Unterstützung des Volksbegehrens auffordert. In der „Welt am Sonntag“ schreibt der Generalsekretär der Demokratischen Jugend, Walter Scholz: „Meine Warnung an die Jugend im ganzen Reich und nicht nur an die demokratische, sondern an die gesamte, besonders auch die im Blindhorst organisierte Zentrumsmasse ist: Folgt, daß ihr nicht nur die nötige politische Schulung, sondern auch politisch und sozial ein besseres Mittel

haben kennt als die älteren Parteifreunde. Seit dem 4. März liegen die Listen zum Volksbegehren aus. Nicht ein einziger wahlberechtigter Jugendlicher darf seine Eintragung verweigern.“ Die Fürsten sind indes nicht untätig. Aus Amsterdam wird berichtet, daß vor wenigen Tagen in Doorn eine Sitzung verschiedener deutscher Fürsten u. deren Interessentvertreter stattfand, in welcher die Konteraktion gegen den Volksentscheid besprochen wurde. Wilhelm II. führte selbst den Vorsitz. Es wurden hohe Geldbeträge zur Beeinflussung der Presse und händelnder politischer Persönlichkeiten zur Verfügung gestellt. Doch es dem rüberredenden Fürstentum geht nicht schlecht gehen kann, beweist folgende Meldung der „Neuen österreichischen Kreuzzeitung“: „Seine kaiserliche Hoheit, der deutsche Kronprinz, ist in Minusio (Schweiz) eingetroffen, wo er die Villa Rocabella gemietet hat. Der Kronprinz denkt, einige Monate in Minusio Aufenthalt zu nehmen.“

Die Hamburger Demokraten für das Volksbegehren

Am 8. März (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstand der Demokratischen Partei Hamburgs beschloß am Freitag, die Mitglieder, Anhänger und Wähler der Deutschen Demokratischen Partei zur Unterstützung des Volksbegehrens aufzurufen.

Massenbeteiligung trotz Sabotage

Stuttgart, 8. März (Eigener Drahtbericht.) In den ersten vier Tagen haben sich in Stuttgart über 12 000 Personen in die Listen für das Volksbegehren eingetragen. Die Stadtverwaltung hatte nur wenig Einzeichnungslisten zur Verfügung gestellt, die am Sonntag künstlich überfüllt waren.

Ein gutes Beispiel

Wie uns heute morgen berichtet wurde, haben sich in dem kleinen Carlshaus bei Lössau von 147 Wahlberechtigten bis zum vergangenen Freitag allein 108 Wahlberechtigte eingetragen.

Volksentscheid und Parlament

Von Th. Neubauer

Nachdem nun die erste Beratung der Anträge auf Entsendung bzw. auf Abfindung der früheren deutschen Fürsten im Reichsausschuß des Reichstages abgeschlossen ist, wird es am Tage sein, das Ergebnis dieser Beratungen festzustellen und ihre Bedeutung für die Volksentscheidbewegung zu würdigen. Man muß in den Beratungen des Reichsausschusses zwei Perioden unterscheiden, eine erste Periode, in der sich der Ausschuß damit abgab, das Material über die Ansprüche der Fürsten und den bisherigen Verlauf der Abfindungen und Auseinandersetzungen zusammenzustellen, und eine zweite Periode, wo der Kompromißantrag der Fürstenparteien im Mittelpunkt der Beratungen stand und wo es sich für diese Parteien alle darum handelte, wie sie am besten die Massenbewegung des Volkes auf ein solches Gleis schieben, aber wenigstens nach Kräften labotieren könnten.

Bei der Zusammenlegung des Deutschen Reichstages und seiner Anschläge und bei der bekannten Haltung der bürgerlichen Parteien war es von vornherein ausgeschlossen, von ihnen eine Regelung der Volksentscheidbewegung zu erwarten, wie sie die Volksmassen fordern würden. Deshalb lag für die kommunistischen Vertreter der Volksentscheidbewegung die Arbeit auf jenen ersten Periode der Tagungsberatung. Durch unsere unermüdete Propaganda, Anträge und Beziehung eines umfangreichen nichtamtlichen Materials wurden die anfangs widerstrebenden Korrekturen veranlaßt, immer mehr Material herbeizutragen. Die unerschütterlichen Tatsachen, die dabei zutage gefördert wurden, im wesentlichen allgemein bekannt geworden, haben der Vertiefung und Ausbreitung der Volksbewegung für die Entsendung der Fürsten ganz außerordentliche Dienste geleistet. Gegenüber sozialdemokratischen Darstellungen muß festgestellt werden, daß es gerade die kommunistischen Vertreter im Reichsausschuß waren, die das meiste zur Aufhellung des ungeheuerlichen Fürstentumskabals taten, wie sie es ja auch waren, die die beste und — bei allen Tugenden — vollständigste Zusammenstellung über den Umfang der fürstlichen Ansprüche lieferten.

In der zweiten Periode der Ausschussberatungen drehte sich die Debatte um die von den Fürsten gestellten Anträge, die nach schneller Ablehnung des kommunistischen Antrages, im wesentlichen um den Antrag der Demokraten und um den Kompromißantrag von Demokraten, Zentrum, Volkspartei, Bayerische und Wirtschaftspartei.

Der demokratische Antrag sah bekanntlich eine Abfindung der Fürsten nach dem Grundsatz der „Billigkeit“ vor, wolle aber die Abfindung den einzelnen Ländern überlassen und nur für einige Punkte Vorschriften geben. Es ist klar, daß damit in Bayern, Württemberg, Braunschweig, Thüringen u. a. m., wo ausgesprochen monarchistische Regierungen sind, gar nichts, in den übrigen Ländern sehr wenig an dem Fankalorien-Juland von heute geändert würde. Wenn trotzdem dieser demokratische Antrag den übrigen bürgerlichen Parteien noch nicht reaktionärer genug war, so nur deshalb, weil er ja die Frage als eine politische und vor dem Forum der Öffentlichkeit der Parlamente zu entscheidende behandelte. Dadurch rückten die Fürstentumskabale eine weitere Aufregung der empörten Volksmassen. Sie wünschten deshalb, diese Frage überhaupt aus der Öffentlichkeit heraus und vor das geheime Forum eines Gerichtshofes zu bringen. Die Demokraten, die ihrer unbefangenen Zämerlichkeit, gingen auf das Kompromiß ein, und so kam der neue Antrag, der „Kompromißantrag“ der Parteien für die Abfindung der Fürsten, zustande.

Der Kern dieses „Kompromißantrages“ bestand in dem Gerichtshof, der über die Streitigkeiten zwischen den ehemaligen Fürsten und ihren früheren Ländern zu entscheiden haben soll. Er soll zusammengesetzt sein aus dem Präsidenten des Reichsgerichts als Vorsitzenden und 8 weiteren Richtern aus den Reihen der höchsten (also auch reaktionären) Justizbeamten, die der Reichspräsident (Hindenburg) auf Vorschlag der Reichsregierung zu ernennen hat. Alle schon einmal getragenen Auseinandersetzungen (wie Bayern, Braunschweig usw.) bleiben ruhig; alle künftigen Privateigentumsfälle sind zu respektieren; über den übrigen Rest findet dann ein stilliger Ausgleich statt. Mit anderen Worten: 1/4 der Fürstentumskabale von 2 1/2 bis 3 Milliarden werden von vornherein beilegt, nur über das letzte Viertel bleibt zu entscheiden. Es war vorauszu sehen, daß dieser Kompromißantrag bei seiner unzweideutigen Vertiefung der Fürstentumskabale gegenüber den Volksinteressen in den weitesten Kreisen des Volkes entwürstete Ablehnung erfahren würde. Selbst in der demokratischen und in der Zentrumspartei rebellieren die Mitglieder offen gegen diesen schamlosen Antrag. In den Massen aber hat er die Erbitterung über die fürstlichen Länder und ihre parlamentarischen Knechte noch mehr gesteigert.

Es war die Frage, wie sich die Parteien, die hinter der Volksentscheidbewegung stehen, zu diesem Kompromißantrag verhalten würden. Sonst ist es üblich, selbst zu ausgesprochen reaktionären Anträgen Änderungsanträge zu stellen, um ihnen die schlimmsten Eigenschaften auszuwischen. Diesmal jedoch war die Lage eine andere. Denn das Schwerkriegsmaß lag ja gar nicht im Parlament — wo nicht das geringste zu erreichen war —, sondern draußen in der Massenbewegung. Diese aber konnte durch

Reichstagsbeschluss gegen die Sabotage!

In der Sonnabend-Sitzung des Reichstages hatte die kommunistische Fraktion den Antrag eingebracht, in dem die Regierung verpflichtet würde, die Sabotage des Volksbegehrens zu verhindern und gegen die schuldigen Beamten mit aller Strenge vorzugehen. Der Antrag wurde vom Genossen Berch begründet, wie auf die zahlreichen Sabotagefälle im ganzen Reich eingegangen und besonders die Rolle der Deutschnationalen und der Landvolksbewegungen. Redner protestiert vor allem gegen die ungenügende Bereitstellung von Einzeichnungslisten.

Als Antwort leistete sich der Innenminister Kälz eine unehrliche Provokation. Über den herbeizugeworfenen Kundsturz der Ministerialdirektoren Kayserberg ist der demokratische Innenminister der Ansicht, daß er „vorsichtig und mit Takt“ gehandelt werden sei, und daß kein einziges Wort davon zu beanstanden wäre. Herr Kälz lehnt es auch ab, einzuschreiten, wenn die Landvolksbewegung auch dort, wo sie Beamten jenseitiger Aufregungen zur Sabotage verleite (!) Trotzdem läßt die Regierung natürlich verpflichten, das Volksbegehren reibungslos durchzuführen.

Nach der sozialdemokratischen Redner Crispian kritisierte die Regierungserklärung und führte einige weitere Beispiele von Weigerung reaktionärer Gemeindevorstände, die Listen auszugeben, an.

Nach ihm hielt der Deutschnationale Freytag-Loritz eine große Verteilungsgrede für die monarchistischen Beamten, die nach seiner Ansicht durchaus im Rahmen ihrer Rechte handelten. Ihm hat es besonders die „geschlossene Front der SPD und KPD“ angetan. „Recht und Wirklichkeit, der schwerste Charakterfehler des deutschen Volkes, kommt beim Volksbegehren zum Vorschein.“

Nach einer listernden Rede des baltischen Kuba antwortete Genosse Siemer auf die Verteilungsgrede des Innenministers: „Von dieser bürgerlichen Regierung sind keine durchgreifenden Maßnahmen zu erwarten. Die proletarischen Massen in Stadt und Land müssen selbst dazu übergehen, die beherrschenden Maßnahmen zu kontrollieren, daß den monarchistischen Saboteuren Hören und Sehen verweigert.“

Darauf wurde ein von der SPD eingebrachter, ähnlich wie der kommunistische lautende Antrag angenommen. Dieser Beschluss des Reichstages ist natürlich keinerlei Gewähr für eine wirksame Verhinderung der gut organisierten Sa-

botage der Reaktion. Die Erklärung des demokratischen Innenministers zeigt nur zu gut, wie „ernst“ es dieser Regierung mit der Einhaltung der Verfassung und einer geregelten Durchführung des Volksentscheides ist. Nur die überaus durchgeführte Kontrolle durch die Einheitskomitees ist eine Gewähr für die glatte Durchführung des Volksbegehrens.

Freie Sabotageaktion

Die „Welt am Sonntag“ berichtet, daß der Landrat im Kreis Eintracht in Hannover an die Gemeindevorstände ein Schreiben gerichtet hat, in dem es heißt: „Wie mir mitgeteilt worden ist, sind von der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei an die Gemeindevorstände betragsmäßig ein Volksentscheid zur Durchführung der Einzeichnung gestellt worden. Ich weise darauf hin, daß die öffentliche Auslegung derartiger proklamer Listen durch die Gemeindevorstände unzulässig ist. gg. Engel.“

Kommentar zu dieser frechen Sabotage des unchristlichen Landrats überflüssig!

Tagung des Völkerbundrates

Luther und Stresemann in Genf

Die deutsche Delegation ist am Sonntagabend mit dem Zuge 19 Uhr in Genf eingetroffen.

Wie die heutige Morgenpresse meldet, haben am gestrigen Sonntag die ersten Unterredungen zwischen Chamberlain, Briand, dem belgischen Außenminister Vanderveelde, dem italienischen Delegierten Scialoja und den deutschen Delegierten Dr. Luther und Stresemann stattgefunden. Die Unterredung, die etwa 8 1/2 Stunden dauerte, ist nach einem sehr fruchtbringenden Verlauf verlaufen. Nach einer Melodiefreudigen Kommunikation ergebnislos verlaufen sind Verhandlungen der Schweizerischen Telegraphen-Agentur sind Benzel und Graf Szeemli zu der Sitzung nicht eingeladen worden. Die Frage der Erweiterung des Völkerbundrates soll bis zum September verhandelt werden.

Heute vormittag 11 Uhr soll der Völkerbundrat zusammen treten, um die Tagesordnung festzulegen, und wird sich dann in einer geheimen Sitzung mit einer Reihe notwendiger Fragen beschäftigen.

ie
is
kalkien, Farben,
e, Pinsel, Nähr-
teartikel, Ver-
Gammiwaren,
Ornamentglas,
Maschinenöle,
rbid
Wesner
en (Sachs. Wolf)

othet
ing.